

INFORMATION BETRIEBSRAT JUNGHANS MICROTEC:

1. **Information** Betriebsrat JMT
2. **Resolution** der Delegiertenkonferenz der Verwaltungsstelle Stuttgart, die irrtümlicherweise als Stellungnahme und Position der IG Metall kursiert.
3. Die tatsächliche Position der IG Metall

BETRIEBSRAT JUNGHANS MICROTEC

INFORMATION

Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

aufgrund einer „Resolution“ vom 20. September 2014 von Delegierten der Verwaltungsstelle der IG-Metall in Stuttgart, die irrtümlicherweise als Stellungnahme und Position der IG-Metall wahrgenommen wird, wollen wir informieren und die Sachlage unbedingt richtig stellen.

In dieser Resolution werden unter anderem Rüstungsexporte und generell auch die Produktion von Rüstungsgütern verurteilt und als menschenverachtend abgestempelt. Die Resolution werden wir im Intranet auf den Seiten des Betriebsrates zur Verfügung stellen. Gerne kann auch im Betriebsratsbüro Einsicht in diese Resolution genommen werden.

Zu dem Thema Sicherheit und Wehrtechnik, Bundeswehr sowie Export von wehrtechnischen Gütern gibt es in unserer Gesellschaft unterschiedliche Auffassungen. Auch innerhalb der IG-Metall gibt es dazu unterschiedliche Einschätzungen. Was aber die Kolleginnen und Kollegen der Verwaltungsstelle in Stuttgart dazu getrieben hat, ein solches Papier zu verabschieden, ist schon mehr als verwunderlich.

Für uns als Betriebsräte in der wehrtechnischen Industrie aber auch für die Kollegen Jürgen Kerner (Vorstandsmitglied der IG-Metall) und Jürgen Bühl (Leiter des Arbeitskreises Wehrtechnik der IG-Metall) sowie allen anderen IG-Metallern, die uns in dieser schwierigen Zeit maßgeblich mit unterstützen, ist das ein herber Seitenhieb.

Wenn man sich aber mal anschaut, wer im Ortsvorstand und somit auch als Delegierter in dieser Verwaltungsstelle in Stuttgart fungiert, dann sorgt das bei uns nur für weiteres Kopfschütteln. Dort sind Betriebsräte aus Firmen wie **Mercedes-Benz, Daimler, Bosch, Thales** usw. vertreten. Wenn die "Kolleginnen und Kollegen", **Herren und Damen Betriebsräte** sich doch nur mal selbst im Klaren wären, wo Ihre Produkte überall Anwendung finden, dann wäre etwas mehr Zurückhaltung sicher angebracht. Beispielsweise ist selbst ein Auto in falschen Händen eine Waffe zum Töten von Menschen.

Trotzdem wäre es jetzt falsch die IG-Metall zu personifizieren bzw. an bestimmten "Kollegen" oder einer kleineren Gruppierung aus Stuttgart festzumachen. Gerade die Unterstützung von anderen Kollegen, wie Jürgen Bühl und dem Vorstandsmitglied, Jürgen Kerner, ist ein Beleg dafür, dass wir mit unseren Problemen nicht allein gelassen werden! Sie waren es letztendlich, die überhaupt einen Dialog zu Wirtschaftsminister Gabriel mit Betriebsräten aus der wehrtechnischen Industrie im August bewirkt haben. Dieser wird weiter fortgesetzt. **Die tatsächliche Position der IG-Metall hierzu ist diesem Schreiben angehängt.**

Genau so erfahren wir Unterstützung aus unserer Verwaltungsstelle der IG-Metall in Freudenstadt. Unser Bevollmächtigter, Reiner Neumeister, hatte sich in der letzten Delegiertenversammlung eindeutig und ohne Umschweife zu den wehrtechnischen Betrieben bekannt und positioniert. Erst vor zwei Wochen ermöglichte uns die IG-Metall Verwaltungsstelle Freudenstadt eine Plattform des Austausches, bei welcher die Betriebsräte der Firmen Heckler & Koch, Rheinmetall und wir von der Junghans Microtec teilgenommen haben.

Deshalb ist es uns als Betriebsrat der Junghans Microtec wichtig, hier sachkundig und korrekt zu informieren.

Selbstzerfleischung hilft uns momentan nicht weiter. Auch nicht die bescheidenen Ansichten einiger Kolleginnen und Kollegen aus Stuttgart. Unsere **Aktivitäten** müssen dort, wo mal endlich Entscheidungen getroffen werden müssen, fortgesetzt werden und zwar in der Politik, die uns aber bislang zu wenig unterstützt und scheinbar das Augenmaß für Notwendigkeiten längst verloren hat!

Betriebsrat Junghans Microtec

Uwe Kess
Vorsitzender

Resolution der Delegiertenkonferenz der IG Metall Stuttgart vom 20. September 2014

In der aktuellen Diskussion über Rüstungs- und Waffenexporte nimmt die Delegiertenkonferenz der IG Metall Stuttgart wie folgt Stellung:

Deutschland ist nach den USA und Russland inzwischen der drittgrößte Waffenexporteur der Welt. Bei Panzerlieferungen nimmt Deutschland sogar den 2. Platz ein, bei U-Booten den 1. Besonders skandalös ist auch der Export von Kleinwaffen, durch die weltweit die meisten Menschen, vor allem auch bei nicht staatlich geführten Konflikten (Bürgerkriegen), ums Leben kommen.

2013 hat Deutschland für 6,7 Mrd. Euro Waffen exportiert. Für Produkte, die ausschließlich zum Töten von Menschen hergestellt wurden, ist dies eine ungeheure Summe. Gemessen am Gesamtexportvolumen Deutschlands (1100 Mrd. Euro) ist sie vernachlässigbar, entspricht sie doch gerade einmal 0,6% der gesamten deutschen Exporte. Auch ist die Anzahl der Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie eher gering (Schätzungen liegen bei 80.000 bis 100.000), aber die moralische Komponente dieser Produktion ist doch sehr bedrückend. Denn: Rüstungsproduktion ist kein „normaler“ Industriezweig. Hier werden mit Blut, Mord und Kriegen Höchstprofite erwirtschaftet – eine menschenverachtende Produktion.

62% der Exporte gingen an sogenannte Drittstaaten, also Staaten außerhalb von EU und NATO, denen gegenüber keine Bündnisverpflichtungen bestehen. Ein Teil davon ging wiederum in Staaten, die zu den Spannungsgebieten gehören oder zu diesen Beziehungen pflegen (wie z. B. Saudi-Arabien).

Wir verurteilen Rüstungsproduktion und Rüstungsexporte und fordern:

- Bei allen Waffenexporten einschränkende Gesetze und eine restriktivere Handhabung derselben! Das erfordert auch eine parlamentarische Kontrolle aller Waffenexporte. Begrenzung der Rüstungsexporte auf Staaten, gegenüber denen hierzu unausweichliche bündnispolitische Verpflichtungen bestehen (EU/NATO), insbesondere keine Rüstungsexporte in Krisenregionen und in Länder, in denen Menschenrechte missachtet werden! Totales Verbot des Exports von Kleinwaffen! Keine Finanzierung von Rüstungsexporten mit Steuergeldern! Langfristig wäre wünschenswert, Rüstungsproduktion und Rüstungsexporte ganz abzuschaffen. Denn: Rüstungsproduktion ist menschenverachtend sowie eine ungeheure unnütze Verschwendung von Ressourcen aller Art. Angesichts der heutigen Situation (Kriege, Klimawandel, Rohstoffknappheit...) kann sich dies die Menschheit nicht leisten.
- Arbeitsplatzverluste in der Rüstungsindustrie sind durch Wandlung in Arbeitsplätze zur Herstellung ziviler, gesellschaftlich notwendiger Produkte zu kompensieren. Rüstungsarbeitsplätze erfordern Investitionen in teure Technologie. Für dieses Geld können in anderen Bereichen (Bildung, Gesundheit...) mehr und gesellschaftlich sinnvolle Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Konversionsdebatte muss in den Rüstungsbetrieben nachhaltig geführt werden. Hier übernimmt die IG Metall eine aktive und steuernde Rolle.
- Bei den Rüstungsarbeitsplätzen handelt es sich zu einem großen Teil um hochqualifizierte anspruchsvolle Arbeitsplätze (siehe z.B. Roman Zitzelsberger in der Kontext-Wochenzeitung vom 27.8. 2014). Da die meiste Rüstung in Mischkonzernen produziert wird, ist die Konversion auch umsetzbar. Wo es trotzdem zu Beschäftigungsproblemen kommen sollte, ist die Konversion staatlich unterstützt zu begleiten. Gegebenenfalls können auch über Arbeitszeitverkürzungen Beschäftigungsprobleme aufgefangen werden.

Die IG Metall ist Teil der Friedensbewegung – diesen Satz von unserem **Bezirksleiter Roman Zitzelsberger** im Interview in der Kontext-Wochenzeitung vom 27. August 2014 unterstützen wir nachdrücklich. Ebenso unterstützen wir die **Initiative zur Konversion** für die wehr- und sicherheitstechnische Industrie, wie sie **im Positionspapier der IG Metall** „Entwicklungen der wehr- und sicherheitstechnischen Industrie in Deutschland“ vorgeschlagen wird.



Positionen der IG Metall

1. IG Metall und Betriebsräte halten an ihrer Forderung eines **industriepolitischen Dialogs** von Regierung, Unternehmen, Wissenschaft, Gewerkschaft und Betriebsräten fest, um die äußerst komplexen Themen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie zu bearbeiten und nachhaltige Lösungen zu entwickeln. Strukturwandel und politisch induzierte Veränderungen dürfen **nicht auf dem Rücken der Beschäftigten** ausgetragen werden.
2. Die **Bundesregierung nimmt in der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie eine zentrale Rolle** ein und trägt damit gleichermaßen Verantwortung für die Beschäftigten in dieser Branche. Sie entscheidet über künftige Entwicklungen und Technologien, über die Ausrüstung der Bundeswehr und ihre Zusammenarbeit mit der Industrie bei Dienstleistungen und Wartung, über bündnispolitische Kooperationsprojekte, über grenzüberschreitende Unternehmensplanungen (z.B. beabsichtigte Fusion von EADS und BAE Systems) und über Exporte.
3. Die **Erschließung ziviler Märkte** muss im Rahmen der Diversifikation weiter vorangetrieben werden. Hier stehen Unternehmen und Regierung in der Verantwortung. Die Entwicklung alternativer Projekte erfordert mittel- und langfristige Strategien, für die verlässliche politische Rahmenbedingungen vereinbart werden müssen. IG Metall und Betriebsräte befürworten klare und verbindliche politische Vorgaben noch in diesem Jahr. Zudem fordern IG Metall und Betriebsräte einen Diversifikationsfonds, bei dem sowohl Unternehmen als auch Betriebsräte und Gewerkschaft antragsberechtigt und alle Beteiligten im Fondsbeitrag vertreten sind.
4. Klarheit, Verlässlichkeit und Planungssicherheit sind die Basis für eine nachhaltige Standortsicherung. Das betrifft den Verantwortungsbereich des **Bundesministeriums der Verteidigung für die Ausstattung der Bundeswehr**. IG Metall und Betriebsräte fordern vom Ministerium Klarheit, welche Fähigkeiten künftig benötigt, welche Technologien und welche Ausrüstungen (wo) beschafft und gewartet werden sollen. Industrielle Fähigkeiten, die einmal verloren sind, lassen sich kaum mehr neu aufbauen. Auch für **europäische Kooperationen** und die in der EU geplante Industriepolitik im Sicherheits- und Verteidigungssektor ist ein klares Konzept der Bundesregierung gefordert.
5. Für IG Metall und Betriebsräte ist klar: Waffenexporte dürfen nicht vor Menschenrechten gehen. Bei Zweifeln kann ein Export nicht stattfinden. IG Metall und Betriebsräte unterstützen die **Exportgrundsätze der Bundesregierung** und sehen zugleich dringenden Handlungsbedarf für deren Handhabung. Notwendig sind Klarheit und Transparenz in der Bewertung von Projekten und Gütern.